Zeitschrift: Thema-Bulletin = Bulletin thématique / Forum Helveticum
Herausgeber: Forum Helveticum
Band: 1 (2001)

Artikel: Ein Kompass hat vier Himmelsrichtungen
Autor: Buomberger, Thomas
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-833113

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

EIN KOMPASS HAT VIER HIMMELSRICHTUNGEN

Thomas Buomberger, Gemeinden Gemeinsam Schweiz

Es scheint, dass der öffentliche Diskurs über die Schweizer Europapolitik ganz auf die Frage fixiert ist: EU-Beitritt ja oder nein. Dass ein Land, das als weisser Fleck inmitten der Europäischen Union liegt und das 60 Prozent seiner Exporte und fast 80 seiner Importe mit der EU abwickelt, sich dieser Fokussierung nicht entziehen kann, liegt auf der Hand. Durch diese Verengung des Blickwinkels nimmt man also von der Berner Bundesterrasse aus ringsum nur Länder wahr, die zur EU gehören. Um mehr zu sehen, müsste man vielleicht etwas höher steigen. Man entdeckte dann nämlich eine Region, aus der etwa 350'000 Menschen in der Schweiz leben und damit die grösste Ausländergruppe sind, eine Region, mit einem bemerkenswerten kulturellen Reichtum und eine Region, mit der die Schweiz seit Jahrzehnten enge Beziehungen hat: Den Balkan (oder, um diesen von den Nazis diskreditierten Begriff zu vermeiden, Südosteuropa, wozu allerdings auch das EU-Land Griechenland gehört).

In der gegenwärtigen Wahrnehmung mag diese Region nicht besonders attraktiv erscheinen: Stereotype von einem aggressiven, hinterhältigen, kriminellen, gewalttätigen Menschenschlag sind in der Schweizer Bevölkerung stark verbreitet, Medienberichte von Drogenbanden aus dem früheren Jugoslawien gehören zu Dauerbrennern, und dass Südosteuropa während Jahrhunderten und bis in die jüngste Vergangenheit Schauplatz blutiger Auseinandersetzungen war, rundet das Negativbild ab. Allerdings wird bei diesen Klischees selten Ursachenforschung betrieben. So ist zum Beispiel der ethnische Nationalismus, dessen übersteigerte Ausprägung eine der Ursachen der jüngsten Kriege auf dem Balkan war, ein Kind der deutschen Romantik des 19. Jahrhunderts, das von Intellektuellen in ganz Europa begeistert adoptiert und später von ruchlosen Politikern pervertiert wurde. Nicht nur im Balkan, auch im Westen war der Nationalismus eine ideologische Waffe in blutigen Kriegen.

Wer nur wirtschaftlich, utilitaristisch denkt, der wird heute einen Bogen um Südosteuropa machen. Die meisten Länder sind am Boden, sie können uns nichts abkaufen. Weniger als ein Prozent der Schweizer Exporte fliessen in diese Region. Investitionen werden kurzfristig kaum einen grossen Ertrag bringen, was nicht heissen soll, dass man nicht investieren soll, im Gegenteil. Gerade wer langfristig, volkswirtschaftlich und politisch denkt, muss heute investieren, auch wenn erbsenzählende Betriebswirtschafter davon abraten wer-

den. Denn die Rendite lässt sich vielleicht nicht in Prozenten ausrechnen, sondern in wirtschaftlicher und damit auch politischer Stabilität.

Doch die Schweiz hat ganz andere als materielle Erfolgsprodukte, die sie nach Südosteuropa exportieren kann. Zum Beispiel die Tradition eines jahrhundertelangen friedlichen Zusammenlebens verschiedener Kulturen, Sprachen, Minderheiten und Religionen. Oder die Vorstellung, dass sich der Staat Schweiz nicht über eine dominierende Ethnie definiert, sondern über ein Bekenntnis zu gemeinsamen Werten, zu einer Verfassung, in der Minderheiten ausdrücklich geschützt sind. Oder man könnte zeigen, wie ein das Selbstverständnis der Schweiz gefährdender Konflikt, der Jurakonflikt, in einem beispielhaften Prozess auf friedliche Art gelöst wurde.

Jugoslawien war ein zentralistischer Staat, die Nachfolgestaaten haben dieses Erbe übernehmen müssen, die Städte und Gemeinden leiden unter diesem Erbe. Alle diese Staaten sind allerdings daran – nicht zuletzt auf Drängen internationaler Organisationen – ihre Staatsstruktur zu dezentralisieren, den Kommunen mehr Rechte und Kompetenzen einzuräumen. Auch bei dieser Reorganisation des Staatsaufbaus hat die Schweiz mit ihrer Tradition des Föderalismus, der Lokaldemokratie und der Gemeindeautonomie viel Know-how zu bieten.

Südosteuropa gleicht in ethnischer Hinsicht einem Flickenteppich; es gibt Gegenden, in denen Mitglieder von weit über einem Dutzend ethnisch verschiedener Gruppen leben. Im politischen Verständnis und im Alltag allerdings herrscht meist die zahlenmässig dominierende Ethnie vor: In Serbien die Serbien, in Mazedonien die Mazedonier, in Kosovo heute die Albaner. Minderheiten hatten und haben sich den Mehrheiten zu fügen. Für uns ist schwer nachvollziehbar, dass ein Land wie Mazedonien, in dem ein Viertel Albaner leben, in der Verfassung die Mazedonier zum staatstragenden Volk erklärt. Wer schon erlebt, welches Staunen bei Gesprächspartnern im Balkan Schilderungen über die Berücksichtigung von Minderheitenmeinungen bei der Entscheidfindung in der schweizerischen Politik ausgelöst haben, kann erahnen, welch brachliegendes Gebiet bei der Minderheitenpolitik noch zu beackern ist.

Eine demokratische Gesellschaft und Minderheitenschutz gehören zusammen. Das war und ist eines der Grundprinzipien der 1992 während des Bosnienkrieges gegründeten Organisation *Gemeinden Gemeinsam Schweiz (GGS)*. Sie will durch gegenseitigen Austausch, menschlichen Kontakt und konkrete Hilfsprojekte in multiethnischen Gemeinden das friedliche Zusammenleben und eine Zivilgesellschaft fördern.

Diese Ziele sollen vor allem über Partnerschaften zwischen Gemeinden und Städten angestrebt werden, denn solche Partnerschaften bringen nicht nur auf der menschlichen Ebene unvergessliche Begegnungen, sondern sind eine der effizientesten und direktesten Möglichkeiten, Werte von Toleranz und Respekt zu diskutieren und zu vermitteln. Das hat *Bundespräsident Moritz Leuenberger* wohl auch bewegt, in seiner Ansprache zum Europatag vom 5. Mai 2001 die Partnerschaft zwischen der Gemeinde Köniz und der serbischen Gemeinde Prijepolje als positives Beispiel zu würdigen. Er sagte: „Das Wissen um die Freunde in der Schweiz hat den Menschen in Prijepolje den Rücken gestärkt. Das Dorf hat während dem Balkankrieg nicht nur die Kraft gehabt, eine multiethnische Gemeinschaft zu bleiben, sondern es hat zusätzlich auch Flüchtlinge aufgenommen. Es ist so selbst humanitär aktiv gewesen und hat den Frieden in seinem Land und in Europa ein Stück weiter gebracht." Dass er gerade am Europatag eine serbisch-schweizerische Partnerschaft im Rahmen von GGS ins Zentrum seiner Rede gestellt hat, zeigt, dass für ihn Europapolitik eben auch bis in den Südosten reicht.

Die Bereitschaft von Politikern, Mitgliedern von Gemeindebehörden, Vertreterinnen von NGOs und andern zivilgesellschaftlichen Institutionen in Südosteuropa von schweizerischen Erfahrungen zu profitieren, ist gross. Diesem Bedürfnis sollten wir entgegenkommen – ohne Besserwisserei. Zum Glück haben uns die Ereignisse der vergangenen Jahre im Zusammenhang mit der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg von einem Stück Selbstgerechtigkeit befreit und die Schweiz auf das Mass eines ganz normalen Landes zurechtgestutzt, so dass wir zwar mit Selbstbewusstsein, aber ohne Überheblichkeit und Arroganz unsere Erfahrungen an diejenigen weitergeben können, die danach verlangen. Dass die Schweiz Beispiel sein kann, erwähnte auch der jugoslawische Präsident Voijslav Kostunica anlässlich des Besuches von Bundespräsident Moritz Leuenberger, indem er besonders den schweizerischen Föderalismus hervorhob.

Doch die Schweiz soll nicht nur ihr erfolgreiches Staatsmodell exportieren, sondern auch der Importseite Beachtung schenken. Und da gibt es insbesondere auf kulturellem Gebiet einiges, das zur Bereicherung der Schweiz beitragen würde: Die von Humanismus und Toleranz geprägten Bücher von Ivo Andric, dem serbisch-kroatischen Literatur-Nobelpreisträger, die von multikulturellem Geist sprühenden Filme und Lieder von Emir Kusturica, die aufrüttelnden Songs von Balasevic oder die psychologisch tief gründenden Geschichten von Aleksander Tisma. Und neben diesen bekannten Künstlern gibt es unzählige bei uns unbekannte Talente, die noch zu entdecken sind.

Man mag sich scherzhaft fragen, ob wohl die Schweiz oder Jugoslawien eher der EU beitreten werden. Die Schweiz braucht die EU nicht – so hört man in Belgrad –, während Jugoslawien in den nächsten Jahren alles versuchen wird, um die Bedingungen für einen Beitritt zu schaffen. Dennoch ist davon auszugehen, dass die beiden Länder wohl in den nächsten zehn Jahren abseits stehen werden, die einen freiwillig, die andern unfreiwillig. Das aber könnte gerade die Schweiz veranlassen, mit den Ländern in Südosteuropa besondere Beziehungen herzustellen und mitzuhelfen, die schwierige wirtschaftliche Transitionsphase mit unvermeidlichen sozialen Spannungen zu meistern, den Demokratisierungsprozess zu vertiefen und das Bewusstsein für Minderheitenrechte zu verankern.

Die Schweiz hat wohl genügend diplomatische Ressourcen, um sowohl die Beziehungen zur EU zu pflegen als auch „special relations" zu den Ländern Südosteuropas anzubahnen. Diese Beziehungen hätten den Vorteil, dass wir in Belgrad und andern Hauptstädten der Region in positivem Sinn wahrgenommen würden als diejenigen, die uneigennützig zum Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft beitragen, während wir in Brüssel eher das Image von egoistischen Rosinenpickern haben. Als gewichtiges Nicht-EU-Mitglied kann die Schweiz mithelfen, dass die Länder Südosteuropas in den Metropolen des Nordens nicht vergessen gehen. Und vielleicht wird so auch eine Diskussion innerhalb der EU angezettelt, dass sie sich nicht nur Richtung Osten, sondern auch Südosten erweitert soll – dannzumal hoffentlich ohne weissen Fleck im Herzen Europas.